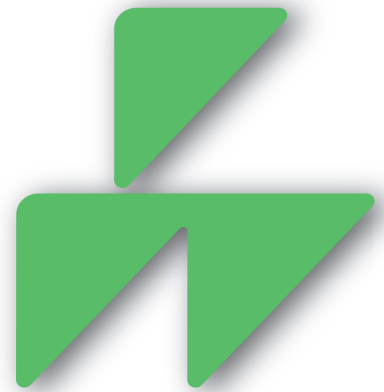


VERSORGUNGS WIRTSCHAFT

Monatszeitschrift für Betriebswirtschaft,
Wirtschaftsrecht und Steuerrecht der Elektrizitäts-,
Gas- und Wasserwerke

11/2012



Seit 1949 aktuelle Informationen für Versorgungsunternehmen.

64. Jahrgang

INHALT

Die regulatorische Behandlung der Nachrüstungskosten für PV-Anlagen nach der Systemstabilitätsverordnung (SystStabV)	
– von Jürgen Dobler und Dr. Thomas Wolf, Nürnberg –	281
Was sind Lohnzusatzleistungen i.S.d. § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV?	
– von RA FAArbR Dr. Patrick Mückl, Düsseldorf –	283

Wirtschaftsrecht

Rechtsprechung

Entsorgungsrecht / Zivilrecht

• Aufwendungsersatzanspruch des Entsorgungsträgers für die Entsorgung von PPK-Verpackungen bei Untätigkeit des Systembetreibers	
– Anm. zu LG Köln, Urteil vom 20.4.2012 – 7 O 146/11 –	
– von RA Michael Brändle, Freiburg –	288

Entsorgungsrecht / Vergaberecht

• Instanzen der Vergabenachprüfung prüfen auch die Frage gesetzwidriger Dienstleistungskonzessionen in der Abfallentsorgung	
– Beschluss des BGH vom 18.6.2012 – X ZB 9/11 – Abfallentsorgung II –	291

Wasserrecht

• Untersagung der Nutzung einer Erdwärmesonde	
– Beschluss des Hess. VGH vom 10.8.2012 – 2 B 896/12 –	293

Steuerrecht

Gesetzgebung / Anweisungen / Hinweise

Bilanzsteuerrecht

• Maßgeblichkeit niedrigerer handelsrechtlicher Bilanzwerte im Rahmen der steuerlichen Rückstellungsberechnung – Ansatz niedrigerer handelsrechtlicher Rückstellungsbeträge in der steuerlichen Gewinnermittlung	
– Verfügung der OFD Münster vom 13.7.2012 – S 2170 a – 234 – St 12 – 33 –	295

Körperschaftsteuer

• Bestimmung der Einwohnerzahl bei der Bemessung von Konzessionsabgaben bei öffentlichen Betrieben im Bereich »Wasser«	
– Schreiben des BMF vom 24.8.2012 – IV C 2 – S 2744/07/10001 :002, DOK: 2012/0598111 –	296

Gewerbesteuer

• Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 2.7.2012 zu Anwendungsfragen zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nr. 1 GewStG	296
• Gewerbesteuerhebesätze 2011 im Bundesdurchschnitt gestiegen	298

Umsatzsteuerrecht

• Leistungsbeziehungen bei der Abgabe werthaltiger Abfälle	
– Erläuterungen zum BMF-Schreiben vom 20.9.2012 – IV D 2 – S 7203/07/10002 :004, DOK: 2012/0857478 –	
– von Dipl.-Bw (FH)/Dipl.-Vw/Dipl.-Hdl. Martin Kronawitter –	299

Rechtsprechung

Rechtsprechung kompakt

Bilanzsteuerrecht

• FG München: Sofortiger Betriebsausgabenabzug von Gebühren für KfW-Darlehen	
– Urteil des FG München vom 7.2.2012 – 6 K 867/09 –	301

Arbeitsrecht

• Beginn der Ausschlussfrist nach § 15 Abs. 4 AGG	301
• Urlaubsabgeltungsanspruch nach Ablauf der Verfallszeiträume auch bei dem »gesund« ausgeschiedenen Mitarbeiter	302
• Verdeckte Videoüberwachung von öffentlich zugänglichen Räumen	302
• Minijobgrenze wird voraussichtlich auf 450 Euro angehoben	302

Buchbesprechungen	303
--------------------------	-----

**Neue Anschrift
seit 25. Oktober 2012:**

**Hansastraße 15
80686 München**



Im Focus – mehr auf www.vw-online.eu

Auf dieser Seite erhalten Sie Praxistipps und erste Hinweise zu Informationen, die in vielen Fällen auf unserem Online-Portal vertieft bzw. ergänzt werden. Geben Sie dort in die Suchmaske einfach die zu den einzelnen Hinweisen angegebene Dokumentennummer ein.

Wenn auch Sie interessante Neuigkeiten für unsere Leser haben, freuen wir uns auf Ihre Nachricht.

EuGH: Schlussanträge zur Vorabentscheidung über Preiserhöhungsklauseln in Gasversorgungsverträgen

Der BGH (VIII ZR 162/09) – DokNr. 11000574 – hat dem EuGH einerseits die Anwendbarkeit der Richtlinie 93/13 bei Sondervertragskunden als auch die Frage der notwendigen Transparenz verwendeter Klausel zur Vorabentscheidung vorgelegt. In dem Verfahren vor dem EuGH (C-92/11) hat die Generalanwältin ihre Schlussanträge vorgelegt. Nach Ansicht der Generalanwältin ergibt die Auslegung der Richtlinie 93/13, dass nur solche Regelungen nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen sollten, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen für den abzuschließenden Vertrag gelten. Nach dieser Ansicht kommt die Richtlinie zur Anwendung. Denn die Sonderkundenverträge verweisen in ihren AGB's auf die AVB-GasV oder übernehmen wörtlich deren Bestimmungen, fallen jedoch nicht von Gesetzes wegen in den Anwendungsbereich der AVBGasV für Tarifkunden.

Bei der zweiten Vorlagefrage schlägt die Generalanwältin vor, dass Verstöße gegen das in Art. 5 der Richtlinie 93/13 und Art. 3 Abs. 3 in Verbindung mit Anhang A der Richtlinie 2003/55 normierte Transparenzgebot weder durch eine rechtzeitige Mitteilung seitens des Gewerbetreibenden noch durch eine Kündigungsmöglichkeit des Verbrauchers oder die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung kompensiert werden können.

mehr ==> [DokNr. 12001751](#)

OLG Brandenburg: Inzidente Vergabenachprüfung – Abwasserbeseitigung durch einen privaten Konzessionär nach gesetzlicher Regelung nicht gestattet

Der Antragsteller rügte erfolglos, dass die Vergabe einer Dienstleistungskonzession im Bereich der Abwasserbeseitigung aufgrund entgegenstehender landesrechtlicher Regelungen unzulässig sei. Die Vergabekammer verwarf den Nachprüfungsantrag als unzulässig, da der Rechtsweg zu den Nachprüfungsinstanzen nicht gegeben sei. Über die dagegen eingelegte sofortige Beschwerde hat der Vergabesenat des OLG Brandenburg mit Beschluss vom 28.8.2012 – Verg W 19/11 die auftraggebende Stadt angewiesen, die Ausschreibung aufzuheben. Zur Begründung hat das OLG ausgeführt, die gerichtliche Nachprüfung von Vergaben öffentlicher Auftraggeber umfasse nach einer Entscheidung des BGH vom 18.6.2012 (X ZB 9/11) – Versorgungswirtschaft 2012, 291 – auch die Frage, ob gesetzliche Regelungen die Vergabe einer Dienstleistungskonzession untersagten. Im zu entscheidenden Fall verstoße die Beschaffung der Dienstleistungen im Wege einer Dienstleistungskonzession gegen die Vorschriften des Wasser- und Kommunalabgabenrechts. Die Abwasserbeseitigung sowie die Erhebung von Entgelten und Baukostenzuschüssen durch einen privaten Konzessionär seien nach dem Gesetz nicht gestattet. Hierfür seien die Gemeinden zuständig.

mehr ==> [DokNr. 12001752](#)

VGH Mannheim: Privates Rückholssystem für Verkaufsverpackungen muss öffentliche Entsorgungseinrichtungen mitbenutzen

Der 10. Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg hat mit Urteil vom 24.7.2012 – 10 S 2554/10 in einem vom Landkreis Böblingen und einer GmbH als Musterverfahren angestrenzten Rechtsstreit entschieden: Der Landkreis kann von einem privaten Unternehmen, das ein Rückholssystem für gebrauchte Verkaufsverpackungen betreibt, verlangen, dass es die Entsorgungseinrichtungen des Landkreises für Papier, Pappe und Karton gegen ein angemessenes Entgelt mitbenutzt. Der Landkreis hat aber keinen Anspruch auf Abschluss des von ihm unterbreiteten Vertrags. Das Entgelt ist entsprechend kommunalabgabenrechtlichen Kalkulationsgrundsätzen kooperativ zu ermitteln. Gegen die Entscheidung des VGH wurde am 15.8.2012 Revision beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingelegt.

mehr ==> [DokNr. 12001753](#)

BFH: Beratung des Dualen Systems durch Gemeinde als Betrieb gewerblicher Art

Die Gemeinde hat ein Unternehmen, das im Rahmen des Dualen Systems tätig ist, u.a. hinsichtlich Standortfragen von Behältern und Systemspezifikationen, etwa dazu, welche Abfälle das Unternehmen sammeln darf und welche nicht, beraten. Mit Urteil vom 3.4.2012 – I R 22/11 hat der BFH entschieden, dass die Gemeinde durch die Abfallberatung nachhaltig eine wirtschaftliche Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen ausübt und damit einen BgA begründet hat. Entgegen der Auffassung des Finanzgerichts war die Gemeinde insoweit nicht hoheitlich tätig, denn die Abfallberatung ist keine den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern durch Gesetz ausschließlich zugewiesene Aufgabe, die von privaten Unternehmen nicht erfüllt werden darf. Dies ist jedoch für die Annahme hoheitlichen Handelns erforderlich. Weder § 6 Abs. 3 Satz 10 VerpackV noch einer anderen Vorschrift lässt sich entnehmen, dass die Systembetreiber verpflichtet sind, sich hinsichtlich ihres Systems durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger beraten zu lassen.

mehr ==> [DokNr. 12001754](#)